

Unvereinbarkeitserklärung

Antrag KKR Vorstand zur Vollversammlung 2025



Einführung einer Unvereinbarkeitserklärung zur gleichzeitigen Mitgliedschaft in der AfD und in katholischen Verbänden und Räten im Rhein-Erftkreis.

Als Kreiskatholikenrat und somit als Vertreter*innen der Räte und Verbände setzen wir uns für christlichen Werte und ein entsprechendes Menschenbild ein.

Dabei ist uns eines völlig klar: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies ist Maßstab unseres Handelns.

Wir zeigen Haltung für Demokratie und Vielfalt. Wir setzen uns ein gegen Demokratiefeindlichkeit, Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit.

Das Gedankengut und die Ziele der AfD stehen diesem fundamental entgegen.

Wir müssen wachsam sein, da die AfD versucht die Demokratie auszunutzen, um sie mit ihren eigenen Mitteln abzuschaffen.

Sie versucht menschenverachtende und rassistische Sprache gesellschaftsfähig zu machen.

Die AfD versucht die Grenzen des Sagbaren immer weiter zu verschieben, um weiterhin gewalttätige Übergriffe zu normalisieren.

Die Errungenschaft unserer Demokratie ermöglicht unser gesellschaftliches Zusammenleben. Wir schützen unsere Demokratie.

Wir sehen das Erstarken dieses gefährlichen Gedankengutes mit großer Sorge. Als engagierte Christinnen und Christen müssen wir uns dem entschieden entgegenstellen.

Für uns im Vorstand ist völlig klar, dass eine Mitgliedschaft in der AfD nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft in den Verbänden und Räten ist, weshalb wir diese Unvereinbarkeitserklärung heute in die Vollversammlung einbringen.

Wir hoffen natürlich, dass wir sie mit Ihnen und euch verabschieden können.

Dies gilt als Selbstverpflichtung und ist damit ein wichtiges und deutliches Signal.

Renate Röblitz

Im Namen des Vorstands des Kreiskatholikenrat Rhein-Erft

Dieser Antrag wurde von allen Mitgliedern in der Vollversammlung am 26. März 2025 einstimmig angenommen.